

Antrag der Fraktion der CDU**Solidarität Europas, Deutschlands und Bremens mit der Ukraine ist wichtiger denn je**

Der brutale Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine tobt nunmehr seit über einem halben Jahr und fordert täglich neue unschuldige Opfer. Eine tapfere und opferbereite ukrainische Bevölkerung trotz einem zunächst übermächtig scheinenden Gegner, der mit imperialistischen Zielen mitten in Europa rücksichtslos die Zeit zurückdrehen und Strukturen der vergangenen Sowjetunion wiederherstellen will. Der von Russland und seinem Präsidenten einseitig und unprovokiert verursachte Krieg ist nicht nur eine militärische und jedem Völkerrecht widersprechende Aggression, sondern ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Frieden. Nicht zuletzt hat er auch die undemokratische Entwicklung in Russland selbst nochmals beschleunigt und ist immer deutlicher Politik gegen die eigene Bevölkerung. Russland und Putin dürfen diesen Krieg nicht gewinnen, weil die Ukraine ein unverbrüchliches Recht auf Integrität hat. Europa und Deutschland sind nicht Teil des Konfliktes, aber unsere Solidarität und Unterstützung gilt, eingebettet in die internationale Staatengemeinschaft, die Europäische Union und das NATO-Bündnis, entschieden und dauerhaft der Ukraine.

Der Angriffskrieg ist ein Rechts- und Zivilisationsbruch, wie ihn zumindest Europa seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr erlebt hat. Er bedeutet für Deutschland und auch für Bremen eine Zeitenwende, die in vielen Bereichen ein Umdenken auslöst und die Bereitschaft zu politischen Neuausrichtungen erforderlich gemacht hat. Dazu gehört, dass wir unsere Werte nachdrücklicher als bisher behaupten müssen. Russland darf mit dieser Aggression keinen Erfolg haben, wenn Menschenrechte, Demokratie und regelbasiertes friedliches Zusammenleben der Völker Bestand haben sollen. Die gewonnene europäische und internationale Solidarität und Geschlossenheit müssen weiter gefestigt und dauerhaft der russischen Aggressivität entgegengesetzt werden. Deutschland als Nation und Bremen als Teil dieses Deutschlands bekennen sich dazu, dass mit gemeinschaftlichen Sanktionen und Waffenlieferungen an die Ukraine größtmöglicher Druck auf Russland ausgeübt werden muss, um einer Verhandlungslösung näher zu kommen. Hierzu gilt es, auch Lasten gemeinschaftlich und solidarisch zu tragen. Als Teil Europas und Deutschlands ist Bremen auch Teil einer Verantwortungsgemeinschaft für Sicherheit, Frieden und Recht. Hinzu kommt unsere Verpflichtung zur solidarischen und gemeinschaftlichen humanitären Abfederung der Folgen des Konflikts, was sich nicht zuletzt in der Aufnahme tausender Geflüchteter konkretisiert. Bremen und Bremerhaven haben hier in öffentlichen und in privaten Initiativen Herausragendes geleistet, das weiter fortgesetzt werden muss.

Der Krieg mitten in Europa hat in erster Linie, aber nicht nur Folgen für die Ukraine. Die internationalen Beziehungen, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Handel und Produktion sind nachhaltig gestört. Hunger, insbesondere in den ärmsten Regionen der Welt, wird wissentlich in Kauf genommen und als Waffe bewusst eingesetzt. Inflation und Energieknappheit bedrohen die Welt und insbesondere auch Deutschland. In Bremen und in Bremerhaven

sind die Auswirkungen in den produktions- und exportorientierten Wirtschaftsstrukturen immer deutlicher zu spüren. Die Abfederung der verheerenden Kostensteigerungen im Bereich der Energie müssen deshalb hohe Priorität haben: Bremen erkennt die Bemühungen der Bundesregierung zur Verbesserung der Versorgungssicherheit und zur Rückgewinnung von mehr energetischer Unabhängigkeit an. Weiterer Handlungsbedarf besteht aber insbesondere bei der Abmilderung der für immer mehr Menschen auch in Bremen kaum noch tragbaren Kosten für Energie. Darüber hinaus gilt es, die finanzielle Handlungsfähigkeit von Strukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge und von Organisationen mit besonderer gesellschaftlich sozialer Verantwortung sicherzustellen. Es bleibt eine Aufgabe von dem Senat und der Bremischen Bürgerschaft, hier in der Gemeinschaft der Länder die besondere Verantwortung des Bundes, auch in der Ausgestaltung und Finanzierung des dritten Entlastungspaketes, anzumahnen und durchzusetzen.

Nach erfolgreichen ukrainischen Gegenoffensiven hat Russland den Konflikt jüngst weiter eskaliert. Mit (Schein-) Referenden, einer Teilmobilisierung und erneuten Drohungen des Einsatzes von nuklearen Waffen ist nicht nur Putins Verzweiflung deutlich geworden, sondern auch, dass er und das regierungsoffizielle Russland an einer Verhandlungslösung zumindest derzeit nicht interessiert scheinen. Mit dieser Politik der Konfrontation, nicht nur gegen die Ukraine, sondern zunehmend gegen den „kollektiven Westen“, ist eine neue und unzweifelhaft besorgniserregende Qualität eingetreten, die gleichermaßen Besonnenheit, Entschlossenheit und internationale Solidarität erfordern. Deutschland und auch Bremen als Teil dieser Verantwortungsgemeinschaft sind und bleiben dazu bereit.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) gedenkt aller, die in diesem sinnlosen und völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine und durch Kriegsverbrechen in der Verantwortung Putins Opfer von Gewalt, Zerstörung und Vertreibung geworden sind. Sie erklärt und erneuert ihre Solidarität mit der Ukraine und ihren Menschen. Dies konkretisiert sich nicht nur in der Bereitschaft, in Bremen und Bremerhaven auch weiterhin Geflüchtete aufzunehmen, sondern auch in der Bereitschaft, sich am solidarischen Tragen von Lasten für die Folgen des Kriegs und für den Wiederaufbau zu beteiligen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht in den Referenden in den besetzten Gebieten, in der Teilmobilisierung und in den abermaligen Drohungen Putins mit atomarer Gewalt eine völlig inakzeptable Eskalation der militärischen Aggression Russlands. Die scheindemokratischen Referenden, durchgeführt von Marionetten des Putin-Regimes, dienen ausschließlich der Vorbereitung und der Verschleierung von faktischen Annexionen und können schon deshalb keine rechtliche Bedeutung haben.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Bereitschaft der Bundesregierung, diesem Verhalten Russlands, auch verschärft, durch Sanktionen und Waffenlieferungen an die Ukraine, eingebunden in die internationale Staatengemeinschaft, entgegenzutreten. Sie hält es für unerträglich, durch Handel und Importe indirekt an der Finanzierung des Kriegs beteiligt zu werden. Deshalb sind der weitere und verstärkte Entzug finanzieller Mittel durch Handelsbeschränkungen, der weitgehende Stopp technologischen Austauschs, Sanktionen gegen Protagonisten des Regimes sowie die Beschränkung von Reisemöglichkeiten angemessene und notwendige Instrumente, um der von Russland zu verantwortenden Eskalation zu begegnen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt und bekräftigt, dass derlei menschen- und völkerrechtswidrige Aggressionen keinen Erfolg haben dürfen. Sie unterstützt die Bundesregierung in ihrem Bemühen, die internationale Solidarität im Rahmen der Europäischen Union, der G7-Staaten, der Vereinten Nationen und der NATO zu erhalten und weiter zu festigen. Dies muss

auch die Bereitschaft Deutschlands umfassen, in diesem Rahmen solidarisch zusätzliche Verantwortung zu übernehmen.

5. Die Bürgerschaft (Landtag) schaut, wie die gesamte Welt mit Entsetzen auf mutmaßliche Kriegsverbrechen der russischen Armee in der Ukraine, die immer wieder nach der Befreiung von ukrainischen Gebieten offenkundig werden oder durch den Beschuss ziviler Ziele verursacht sind. Bei einer Verurteilung darf es aber nicht bleiben. Deshalb unterstützt die Bürgerschaft (Landtag) alle Bemühungen, hierzu Beweise zu sichern, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen zu können. Dazu wird aber insbesondere auch gehören, in Abstimmung mit Bund und Ländern, für die Geflüchteten aus den Kriegsgebieten unbürokratische sowie transparent und planbar gestaltete aufenthaltsrechtliche Regelungen zu ihrem Schutz zu gewährleisten.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, dass es gegen die Rechte der Ukraine und ihre vollständige territoriale Integrität keinen „Diktatfrieden“ geben kann. Sie unterstreicht einerseits das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung und auf Rückgewinnung von Gebieten, die Russland völkerrechtswidrig besetzt hat. Sie betont aber andererseits ihre Aufforderung an alle Verantwortlichen, zum Dialog zurückzukehren und friedlichen Lösungen schnellstmöglich den Weg zu ebnen.
7. Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt ihre Solidarität mit den Menschen in Russland, die gerade jüngst Opfer staatlicher Willkür durch Verhaftung und Gewalt geworden sind, weil sie öffentlich gegen den Krieg und seine Eskalation, unter anderem durch die Teilmobilmachung, demonstriert haben. Die Bürgerschaft (Landtag) beobachtet mit Sorge die Entwicklung Russlands hin zu einem oligarchisch totalitären Staat.
8. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt grundsätzlich das Bemühen der Bundesregierung, durch die „Entlastungspakete 1 bis 3“ und den „Wirtschaftlichen Abwehrschirm“ die Folgen des Krieges in und gegen die Ukraine für Wirtschaft, Gesellschaft und Menschen in Deutschland abzumildern und sieht dies als wichtige Voraussetzung dafür an, dass Solidarität und die Bereitschaft zur Unterstützung in der Breite der Bevölkerung erhalten bleiben. Sie erklärt ihre Bereitschaft, zwischen Bund, Ländern und Kommunen sozial ausgewogen und gerecht bemessene Lasten mitzutragen.
9. Die Bürgerschaft (Landtag) ist nachdrücklich der Auffassung, dass die Krisenfestigkeit und Widerstandsfähigkeit der öffentlichen Daseinsvorsorge verbessert werden müssen. Dazu gehört nicht nur ein gemeinschaftliches Ausbauen der Einrichtungen und Fähigkeiten des Zivilschutzes. Nach Auffassung der Bürgerschaft (Landtag) ist es insbesondere von Bedeutung, Organisationen und Strukturen zu berücksichtigen, die für die gesellschaftliche Solidarität, Versorgung und den Zusammenhalt von besonderer Bedeutung sind. Mehr als bisher müssen hier zum Beispiel Kliniken, Stadtwerke und andere regionale Energieversorger, Stätten zur Betreuung älterer Menschen, Schulen und Kindertageeinrichtungen, Sportvereine und Strukturen der organisierten Kultur in die Betrachtung einbezogen werden. Neben der Eigenverantwortung der Länder und Kommunen in diesen Bereichen, ist auch hier die Verantwortung des Bundes stärker als bisher einzufordern.
10. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstreicht die Notwendigkeit, insbesondere im Energiebereich schnellstmöglich mehr Unabhängigkeit zu gewinnen. Dazu sind nationale, aber auch regionale Kraftanstrengungen in Bremen und Bremerhaven erforderlich. Neben den notwendigen Prüfungen zur (kurzfristigen) Nutzung und Weiternutzung herkömmlicher Energieträger müssen die mittel- und langfristige anzustrebenden Grundsätze nachhaltiger und regenerativer Energiegewinnung weiter Priorität behalten. Mit Blick, insbesondere auf die Kompetenzen Bremens und Bremerhavens, im Bereich der Offshore-Windenergie erwartet die Bürgerschaft (Landtag)

verstärkte Anstrengungen, um hier schneller als bisher Entwicklungen und Kapazitätsausweitungen zu befördern.

11. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt das Ansinnen der Ukraine, Mitglied der Europäischen Union zu werden. Sie fordert den Senat auf, im Rahmen seiner Möglichkeiten auf nationaler und auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dieses Ziel zu unterstützen und die Ukraine auf diesem Weg konstruktiv zu begleiten.
12. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet vom Senat, mit Blick auf die spezifischen Strukturen und Probleme in Bremen und Bremerhaven, durch die Entlastungspakete des Bundes gegebenenfalls nicht abgedeckte zusätzliche regionale soziale Herausforderungen zu identifizieren und transparent zu machen. Armutstendenzen, Chancengerechtigkeiten und Segregation, die bereits durch die Pandemie weiter verstärkt wurden, dürfen durch die aktuelle Krise keinen weiteren Schub erhalten. Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt ihre Bereitschaft, hierdurch bedingte Notwendigkeiten durch finanzpolitische Anstrengungen bewältigen zu helfen. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert deshalb den Senat auf, im Verfassungs- und Geschäftsausschuss ab sofort regelmäßig und in Ausschüssen und Deputationen anlassbezogen über relevante Entwicklungen der Krise und ihre Folgen für Bremen und Bremerhaven zu berichten.
13. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, den Bund bei seinem Bemühen zu unterstützen, dass Menschen aus Russland, die vor politischer Verfolgung, Bedrohung und Verhaftung oder wegen der Verpflichtung zum Kriegseinsatz gegen die Ukraine flüchten, in Deutschland und Europa Schutz gewährt wird. Sie fordert den Senat auf, gegenüber der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dazu in der Europäischen Union möglichst zügig ein gemeinsames Vorgehen und gemeinschaftliche Regelungen zu erreichen. Dabei sollen die bewährten Grundsätze für Asylsuchende und/oder Geflüchtete Anwendung finden und den Interessen der Betroffenen und den Aspekten der Sicherheit durch schnelle und gleichzeitig sorgfältige Prüfung gleichermaßen Rechnung getragen werden.
14. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, dass eine angemessene Durchsetzung der beschlossenen Sanktionen nur in der engen Kooperation aller staatlichen Ebenen erfolgen kann. Sie fordert den Senat auf, in Kooperation und Abstimmung mit Bund und Ländern in der Zusammenarbeit unter anderem von Polizei, Staatsanwaltschaft, Landesamt für Verfassungsschutz und Finanzbehörden eigene Strukturen zu schaffen, die die Wahrnehmung der Verantwortung Bremens für die Durchsetzung der Sanktionen wirkungsvoll gewährleisten.
15. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt alle Bemühungen des Senats, durch eine oder mehrere (kommunal umzusetzende) Städtepartnerschaft(en) mit Kommune(n) der Ukraine die tätige und dauerhafte Solidarität Bremens und Bremerhavens zu unterstreichen. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt dazu auch die Initiative ihres Präsidenten und erklärt ihre Bereitschaft, sich an der Gestaltung von Städtepartnerschaft(en) zu beteiligen.
16. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, dass „Zeitenwende und Umdenken“ Konsequenzen auf allen Ebenen staatlicher Verantwortung haben müssen. Sie fordert den Senat auf zur sogenannten Zivilklausel im Bremischen Hochschulrecht zeitnah den Vorschlag einer Novellierung vorzulegen, der eine angemessene und zeitgemäße Zusammenarbeit der Hochschulen mit Organisationen der Sicherheit in Staat und Wirtschaft ermöglicht.
17. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat weiter auf, verstärkt über kriegsbedingte Fake News und Propaganda im öffentlichen Netz aufzuklären. Sie hält es für unabdingbar, dass die Bereitschaft zur Solidarität und die Fähigkeit zur wahrheitsgemäßen Einordnung des Konfliktes nicht

durch Fehlinformationen oder die Verbreitung von Hassbotschaften untergraben werden. Sie bittet den Senat, auch auf allen anderen Ebenen öffentlicher und privater Verantwortung darauf hinzuwirken, dass in diesem Bereich stärker als bisher bereits sichtbaren Fehlentwicklungen entgegengetreten wird.

18. Der Bürgerschaft (Landtag) verfolgt mit Sorge die offensichtlichen Angriffe auf sogenannte kritische Infrastruktur unweit von uns. Sie unterstreicht die hohe sicherheits- und wirtschaftspolitische Bedeutung von Einrichtungen und Unternehmen in unserem Bundesland, die (auch) für den Bereich der staatlichen Sicherheitsvorsorge tätig oder relevant sind. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in Kooperation mit Betreibern und Unternehmen deren Sicherheit, insbesondere aber ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zum Schutz vor Übergriffen, Sachbeschädigungen, Sabotage und Ausspähungen lageangemessen und stetig zu verbessern. Mit Blick auf terroristische Angriffe in der Vergangenheit und den aktuellen Vorkommnissen im Ostseeraum hält sie es für notwendig, die Prävention in gemeinsamer Verantwortung von Staat, Betreibern und Unternehmen auszuweiten.
19. Die Bürgerschaft (Landtag) hält es für notwendig, die Solidarität mit der Ukraine nachhaltig im öffentlichen Bewusstsein zu halten. Sie unterstützt deshalb alle, die Fahne und Farben der Ukraine sichtbar machen. Sie fordert den Senat auf, im Rahmen seiner Möglichkeiten daraufhin zu wirken, dass in Bremen und (weiterhin) in Bremerhaven auch Fahrzeuge des öffentlichen Nahverkehrs zumindest phasenweise mit diesen Zeichen der Anteilnahme und der Gemeinsamkeit ausgestattet werden.
20. Die Bürgerschaft (Landtag) dankt schließlich allen in Staat, Gesellschaft, Kirchen und Initiativen, die in großer Solidarität und Hilfsbereitschaft geflüchtete Menschen aus der Ukraine aufgenommen, betreut oder anderweitig geholfen haben. In diesen Dank bezieht sie ausdrücklich den Verein „Herz für die Ukraine e. V.“ ein, der in unseren Städten unablässig an das Schicksal der Menschen in der Ukraine erinnert und diese durch das Einwerben von Spenden unterstützt. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, auch weiterhin alle Hilfestellungen zu geben, die erforderlich sind, um dieses Wirken der Zivilgesellschaft zu fördern und zu entwickeln.

Dr. Thomas vom Bruch, Heiko Strohmann
und Fraktion der CDU